

# Die Europäische Armee – eine Scheindebatte?

Lukas Schmitt

*Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein wird 30 und in seinen Reihen breiten sich angesichts wieder aufgewärmter Bestrebungen für eine gesamteuropäische Rüstungs- und Militärstrategie Besorgnis und Widerspruch aus.*

Spätestens seit der (Wieder-)Entdeckung der Responsibility to Protect im Rahmen der Militärinterventionen in Libyen im Jahr 2011 ist „to intervene or not to intervene“ wieder zu einer der entscheidenden außenpolitischen Fragen geworden. Um gravierende Menschenrechtsverstöße – und damit Fluchtgründe? – zu verhindern, und da sind sich so gut wie alle politischen Parteien einig, sind militärische Interventionen als ultima ratio ein gangbarer Weg.

Derzeit wird – auch infolge des Schattens, den der ehemalige US-Präsident Donald J. Trump über das transatlantische Verhältnis geworfen hat – so viel über europäische „Verantwortung“ gesprochen wie lange nicht mehr. Wie genau diese Verantwortung geartet sein soll, bleibt aber meist im Unklaren.

## **Vom Pleven-Plan zur PESCO**

In diesem Kontext erfreut sich die Idee der sogenannten Europäischen Armee großer Beliebtheit. Schon Anfang der 1950er-Jahre Teil des sogenannten Pleven-Plans des ehemaligen französischen Außenministers René Pleven, blieb es

## **Bekämpfung von Fluchtursachen oder die Sicherung von Menschenrechten als Feigenblatt für eine militärische geopolitische Profilierung der EU**

während des europäischen Integrationsprozesses lange still um das Projekt. Während eine Europäische Armee seit dem Vertrag von Lissabon 2009 immer wieder lose diskutiert wurde, nahm das Thema spätestens mit dem Brexit wieder an Fahrt auf – so sprachen sich auf dem EU-Ministertreffen in Bratislava 2016 Deutschland und Frankreich für eine militärische Stärkung der Europäischen Union als Einheit aus.

Über das in Artikel 42 Abs. 6 i.V.m. Artikel 46 des Lissabon-Vertrages verankerte Instrument der Gemeinsamen Strukturierten Zusammenarbeit, kurz PESCO (Permanent Structured Cooperation), schlossen sich Ende 2017 25 EU-Staaten zusammen, um zukünftig militärisch enger zu kooperieren. Was Kommissionschefin Ursula von der Leyen als „großen Tag für Europa“ bezeichnete, ist als Komplementärstruktur für die NATO konzipiert und soll einerseits die militärische Integration der EU durch gemeinsame Rüstungsprojekte oder Ausbildungsmissionen vorantreiben, andererseits perspektivisch für Einsätze unterhalb des NATO-Bündnisses zuständig sein.

Beitrittskriterien zur PESCO (<https://pesco.europa.eu/binding-commitments/>) sind unter anderem die Bereitschaft, die eigenen Verteidigungsausgaben zu erhöhen sowie eine mittelfristige Anhebung der Rüstungsausgaben auf 20% des Verteidigungshaushalts. Zwar ist PESCO keine Blaupause für eine Europäische Armee, dennoch eine Skizze dessen, was vor allem Deutschland und Frankreich umsetzen wollen.

## **Die Armee als Wahlkampfthema**

Und nicht nur auf europäischer Ebene erfreut sich das Thema großer Belieb-

heit – egal ob Angela Merkel, Olaf Scholz, Friedrich Merz oder Armin Laschet: Sobald außenpolitische Themen auf der Agenda sind, ist die Europäische Armee ein geflügelter Begriff, der nicht nur im Bundestagswahlkampf wieder regelmäßig aufs Tableau kommen wird, sondern auch eine feste Größe in den Kommentarspalten der deutschen Medien ist.

Und das, obwohl das Konzept kaum mit Inhalten gefüllt wird. Auch, weil sich die Ausgestaltung einer europäischen, sicherheitspolitischen Koordination der nationalen Arena in großen Teilen entzieht und weil die Argumente für eine gemeinsame Armee in den Diskussionen kaum eine Rolle spielen – weil sie so leicht zu entkräften sind und mit europäischem Einheitspathos überzeichnet sind.

## **Effizienzgewinne als Begründung**

Ein Argument, das häufig in Diskussionen angeführt wird, ist eine sicherheitspolitische Effizienzsteigerung. Der damalige Außenminister Sigmar Gabriel führte 2017 an, dass im Zuge einer Militärunion viel Geld gespart werden könne – Europa gebe für die Verteidigung halb so viel aus wie die USA, erreiche in Sachen Effizienz aber nur 15% von deren Effizienz. Wenn die europäischen Staaten langfristig ihre Verteidigungsausgaben senken wollten, liegt eine Europäisierung der Streitkräfte also nahe – denn in der Tat führen kleinere, nationale Armeen zu höheren Strukturkosten und höheren Einkaufspreisen für Rüstungsgüter.

Es könnte also, vereinfacht gesagt, um ein besseres Preis-Leistungs-Verhältnis der jeweiligen Streitkräfte gehen. Wären da nicht die Beitrittskriterien zur PESCO – die zu einer Anhebung des eigenen Ver-

teidigungshaushalts sowie einer Erhöhung der Rüstungsausgaben auf 20% der gesamten Verteidigungsausgaben verpflichten. Dass die Harmonisierung der Streitkräfte auf mittlere Sicht zu mehr Investitionen im Rüstungs- und Verteidigungsbereich führen wird, liegt zwar auf der Hand, dennoch erscheint das Kostenargument unglaublich, wenn zwar eine relative Kostenersparnis postuliert wird, am Ende der absolute Kostenaufwand für Verteidigung steigen soll. Einzig logische Konsequenz dieses Spannungsfeldes: Höhere Effizienz bei gleichzeitiger Erhöhung des Verteidigungshaushalts heißt auch höheres militärisches Potential – und vermutlich auch mehr militärische Aktivität.

### ***PESCO treibt Rüstungsausgaben in die Höhe***

Auch die Re-Allokationen in den Verteidigungshaushalten hin zu niedrigeren Strukturkosten und höheren Rüstungsausgaben sprechen eine deutliche Sprache – PESCO ist nicht nur ein Instrument zur Harmonisierung der Streitkräfte, sondern auch der europäischen Rüstungsmärkte, wo derzeit Dassault, Airbus Defence and Space, Rheinmetall oder Thales konkurrieren. So macht PESCO neben der Erhöhung der anteiligen Rüstungsausgaben eine Mitarbeit in paneuropäischen Rüstungsprojekten zum Kriterium. Deutschland hat die 20%-Quote ohnehin schon erfüllt – im Verteidigungshaushalt 2021 sind von 47 Milliarden Euro ungefähr 22% für „Rüstungsinvestive“ Ausgaben reserviert.

Noch weniger glaubwürdig erscheint das Effizienzargument bei den Entscheidungsstrukturen einer möglichen Europäischen Armee. In einer Europäischen Union, in der weder auf Einschnitte der Pressefreiheit in Ungarn, Pushbacks der europäischen Grenzschutzbehörde Frontex oder auf Diskriminierungen der LGBTQI-Community in Polen reagiert werden kann oder will, ist eine Abgabe einer der wohl wichtigsten Hoheitsrechte der Nationalstaaten, der Entscheidung über die Außen- und Sicherheitspolitik, kaum denkbar. Entscheidungen über den Einsatz einer (bis dato noch fik-

tiven) Europäischen Armee würden deshalb vermutlich im Ministerrat getroffen – nach Einstimmigkeitsprinzip.

Das wiederum hätte auf zwei Ebenen verheerende Konsequenzen: Erstens würden lange Verhandlungen die Reaktionszeit, beispielsweise auf Menschenrechtsverletzungen, extrem in die Länge ziehen – und könnte gerade in Szenarien mit hoher Dringlichkeit zur Paralyse führen. Zwar hat die Bundestagsfraktion der SPD im vergangenen November ein Konzept einer Europäischen Armee vorgestellt, die direkt der EU-Kommission untersteht. Diesen Vorschlag bezeichnete aber selbst Norbert Röttgen berechtigterweise als „Träumerei“ (<https://bit.ly/2RglqA6>). Und zweitens würden, selbst wenn Beschlüsse zustande kommen, diese Ergebnisse auf dem kleinsten, gemeinsamen Nenner basieren.

### ***Pushbacks, keine Seenotrettung – Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners***

Und was das für Geflüchtete in Europa bedeutet, zeigt beispielsweise die Operation Irini als Teil der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union deutlich. Als Nachfolgemission von Operation Sophia soll Operation Irini seit 2020 das gegen Libyen verhängte Waffenembargo durchsetzen – unterstützt aber auch die Ausbildung der libyschen Küstenwache, die seit 2016 mindestens 75.000 Menschen auf dem Weg nach Europa abgefangen und zurück nach Libyen gebracht hat und damit tausendfach gegen das Verbot von Pushbacks verstoßen hat.



Zudem ist die Seenotrettung explizit kein Teil des Mandats von Operation Irini – im Rahmen von Operation Sophia sind immerhin 45.000 Menschen aus Seenot gerettet worden, Irini hat bis dato noch keine Seenotrettungen vorgenommen. Einstimmigkeit lässt sich in Verteidigungsangelegenheiten also vor allem mit restriktiven Maßnahmen erzielen – denn nur so lassen sich Rechtspopulisten mit insprichwörtliche Boot holen.

Allein das Beispiel PESCO zeigt, dass das Projekt einer Europäischen Armee eins ganz klar nicht ist: Ein Projekt, mit dem die Europäische Union mehr Verantwortung für den Schutz von Menschenrechten übernimmt, sondern vielmehr ein Projekt, mit dem sich Europa auf dem geopolitischen Parkett als Weltmacht positionieren will. Geostrategisch mag das sinnvoll sein, bringt aber auch einen humanitären Rebound-Effekt mit sich. Denn bisher scheiterten Interventionen europäischer Staaten – unter anderem in Libyen – nicht an fehlender Verzahnung der Truppenverbände oder in Ermangelung einer Europäischen Armee, sondern an politischer Ziel- und Planlosigkeit, die kaum über den regime change hinausgeblickt hat.

### ***Stattdessen Krisenprävention und echte humanitäre Hilfe!***

Vermeintliche Begründungszenerarien einer Europäischen Armee wie die Bekämpfung von Fluchtursachen oder die Sicherung von Menschenrechten sind deshalb ein Feigenblatt für eine geopolitische Profilierung. Und wie eine europäische Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners

aussieht, sehen wir in Kara Tepe, Moria, Lipa oder auf dem Mittelmeer, wo eine effektive Seenotrettung von der EU blockiert wird. Statt über gemeinsame Armeen zu sprechen und damit Säbelrasseln zu meinen, sollten wir uns deshalb in erster Linie ziviler Krisenprävention und echter humanitärer Hilfe zuwenden – das ist die Art der Verantwortung, die die EU übernehmen sollte.

Lukas Schmitt ist Politologe, lebt in Kiel und ist Mitglied im Vorstand des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein e.V.